

## Aus der Landesgeschäftsstelle

- Pflege in Baden-Württemberg zukunftssicher machen S. 2  
Diakonie fordert konkrete Maßnahmen aus Erkenntnissen der Pflege-Enquete
- Hoffnung auf Mitmenschlichkeit und Solidarität S. 5  
Landesbischof July und Oberkirchenrat Kaufmann laden in Vesperkirchen ein
- Keine frohe Botschaft: Mehr Beschäftigte heißt nicht weniger Arbeitslose S. 6  
Jobcenter haben Ziel, Langzeitarbeitslosigkeit zu reduzieren, nicht erreicht
- Erste Bilanz: Modellprojekt zur legalen Arbeitsmigration aus dem Kosovo S. 8  
Junge Kosovaren fühlen sich in Deutschland willkommen und angenommen
- Zehn Jahre Mittelstandspreis für soziale Verantwortung S. 10  
Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, Caritas und Diakonie loben Preis aus
- Junge Menschen wollen Mitbestimmung S. 12  
2. Kinder- und Jugendforum der Diakonie in Baden-Württemberg

## Aus den Regionen

- Weniger Abzüge bei Darlehen für Empfänger von Hartz IV S. 13  
Erfolg für AK Armut der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Stuttgart
- Ministerin Katrin Altpeter besuchte die Zieglerschen S. 15  
Musikgeragogik-Stunden im Seniorenzentrum „Evangelisches Marienstift“

**Kurznachrichten** S. 16

**Personalnachrichten** S. 18

Redaktion: Claudia Mann

### Pflege in Baden-Württemberg zukunftssicher machen

**Diakonie Württemberg mit konkreten Forderungen an künftige Landesregierung und künftigen Landtag: Pflegeberufe müssen attraktiver werden – Pflege muss bezahlbar bleiben und bezahlt werden – Beratung für Angehörige und Pflegebedürftige muss verbessert, lokale Hilfestrukturen müssen ausgebaut werden**

**Stuttgart.** Eva-Maria Armbruster, Stellvertreterin des Vorstandsvorsitzenden des Diakonischen Werks Württemberg, begrüßt es sehr, dass der Landtag sich des Themas Pflege angenommen hat: „Die Arbeit der baden-württembergischen Pflege-Enquete ist ein längst überfälliges Zeichen der Wertschätzung der vielen Menschen, die in der Pflege tätig sind. Den Ergebnissen der Pflege-Enquete müssen nun Taten folgen. Die zukünftige Landesregierung und der zukünftige Landtag sind in der Pflicht, mit konkreten Maßnahmen in die Umsetzung zu gehen und ihren Beitrag zu leisten, dass die Menschen, die heute und in Zukunft in unserem Land Pflege benötigen, darauf vertrauen können, dass sie diese erhalten.“ Dafür setzt sich die Diakonie seit vielen Jahren ein. Mehr Flexibilität in der Gestaltung der Arbeitsbedingungen ist notwendig für zukunftsfähige sektorenübergreifende Angebote. „Wir werden den Bericht der Pflege-Enquete sorgfältig auswerten und stellen unser Fachwissen und unsere Erfahrung für die weitere nachhaltige politische Pflegearbeit zur Verfügung. Damit unsere haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter auch künftig gut pflegen können.“

Die Erkenntnisse der Kommissionsarbeit sind die Grundlage einer zukunftsorientierten Pflegepolitik des Landes. Baden-Württemberg braucht nachhaltige Lösungen für die großen bevorstehenden Herausforderungen:

Eine der wichtigsten Aufgaben unsere Gesellschaft ist die ausreichende und nachhaltige Finanzierung der pflegerischen Versorgung. Es ist eine politische Aufgabe, diese einzufordern und zu gestalten. In Zeiten angespannter Sozialhaushalte der öffentlichen Hand genügt es nicht, darauf zu verweisen, dass dies die Kassen und die Leistungserbringer alleine miteinander verhandeln müssen. Die Politik muss klare Zeichen setzen und dafür sorgen, dass für Pflege und Versorgung genügend Geld da ist. Dazu gehört es unter anderem, dass Land und Kommunen in die pflegerische Infrastruktur investieren. Die Menschen benötigen bürgernahe, transparente, leicht zugänglich und bezahlbare Pflegeangebote. Dafür wird die bisherige Finanzierung konkreter Pflegeleistungen allein durch die Pflege- und Krankenkassen nicht ausreichen.

Pflege muss für den Einzelnen bezahlbar sein und bleiben. Mit dem vorhersehbaren zunehmenden Bedarf an Pflege- und Versorgungsleistungen muss die Pflegeversicherung finanziell aufgestockt werden. Die Beiträge zur Versicherung werden ebenfalls steigen müssen.

Steigende Zahl der Hochbetagten in Baden-Württemberg in den nächsten 15 Jahren: Die Zahl der über 80-Jährigen wird in den nächsten 15 Jahren

um 30 Prozent zunehmen. Mit zunehmendem Alter steigt das Risiko der Pflegebedürftigkeit. Laut Statistischem Landesamt werden 2040 in Baden-Württemberg fast doppelt so viele Menschen über 85 Jahre leben wie heute, nämlich 540.000. Bis 2050 – nur zehn Jahre später – werden es bereits 800.000 sein.

Die Zahl der Pflegemitarbeiter wird nicht im gleichen Maße steigen können, wie der Pflegebedarf zunehmen wird. Baden-Württemberg braucht Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel in der Pflege. Der Beruf muss attraktiver werden. Dazu gehören unter anderem eine angemessene Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen. Nur bei guten Arbeitsbedingungen ist es den Pflegefachkräften möglich, gesund zu bleiben und ihren Beruf lange auszuüben.

Angehörige und Pflegebedürftige brauchen eine bessere Beratung rund um das Thema Pflege. Der Unterstützungsbedarf beginnt vor der Pflegebedürftigkeit. Lokale Hilfestrukturen sind auszubauen, damit es möglich ist, Pflegebedürftige zu Hause zu versorgen. Dazu müssen die Kommunen niedrigschwellige Beratungsangebote aufbauen und ausbauen.

Kommunen müssen ihre Verantwortung für Pflegebedürftige und ihre Familien wahrnehmen können. Gerade kleine Kommunen sind damit überfordert. Sie brauchen Know-how im Aufbau von Hilfenetzwerken für Betroffene und die Weiterentwicklung der lokalen Versorgungsstrukturen. Abhilfe kann beispielsweise ein Förderprogramm des Landes schaffen, das die Kommunen dazu in die Lage versetzt, solche Hilfenetze zu initiieren und aufzubauen.

Angehörigen von demenzkranken Menschen und die dementiell Erkrankten benötigen mehr Unterstützungsangebote. Die Zahl der demenzkranken Menschen wird in den nächsten 15 Jahren um ca. 60.000 ansteigen. Kommunen und Versorger müssen sich angesichts dessen darauf einstellen, dass sie Entlastungs- und Betreuungsangebote verbessern müssen. Das Land ist gefragt, seine bislang erfolgreiche Unterstützungsarbeit zu verstärken.

Eine verlässliche Datenbasis ist in Baden Württemberg längst überfällig und für die Zukunft unverzichtbar. Derzeit sind lediglich die Daten der Pflegeversicherung belastbar; diese bilden jedoch nur einen Teil der Realität ab. Es gibt über die in der Pflegeversicherung erfassten Menschen viele weitere Menschen mit Unterstützungsbedarf. Insbesondere Kommunen und Anbieter von Pflege und Betreuung benötigen zuverlässige Planungsdaten, damit sie die Angebotsstrukturen bedarfsgerecht weiterentwickeln können.

Die Diakonie in Württemberg hat 260 Einrichtungen der stationären Altenhilfe, in denen insgesamt 18.600 Menschen leben und von 12.500 Mitarbeitenden begleitet werden. Außerdem versorgen 240 Diakonie-Sozialstationen und ambulante Pflegedienste sowie Familienpflegedienste und

selbstständige Nachbarschaftshilfen rund 24.000 Menschen nur im Bereich der Pflegeversicherung.

Thesenpapier der Diakonie Baden-Württemberg zur Landtagswahl unter [www.diakonie-wuerttemberg.de/wahl-2016](http://www.diakonie-wuerttemberg.de/wahl-2016)

Weitere Informationen: Andrea Schlepper, Pressesprecherin und Leiterin der Abteilung Presse und Kommunikation, Tel.: 0711/1656-118, E-Mail: [schlepper.a@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:schlepper.a@diakonie-wuerttemberg.de) oder Johannes Kessler, Leiter der Abteilung Gesundheit, Alter, Pflege, Tel.: 0711/1656-264, E-Mail: [kessler.j@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:kessler.j@diakonie-wuerttemberg.de)

---

### Hoffnung auf Mitmenschlichkeit und Solidarität

**„Vesperkirchen können die Armut nicht abschaffen oder die Ungerechtigkeiten in der Welt beseitigen. Aber sie können Hoffnung schenken, Teilhabe ermöglichen und Begegnung schaffen“, erklären Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July und Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg.**

**Stuttgart.** Mit einem offenen Brief laden sie alle Menschen in die Vesperkirchen Württembergs ein. In den Wintermonaten 2015/16 öffnen insgesamt 26 Vesperkirchen ihre Türen.

July und Kaufmann erinnern an die vielen Flüchtlinge, die in diesem Jahr in Deutschland Rettung, Schutz, Geborgenheit und Frieden gesucht haben: „Sie sind arm an Geld, arm an Zuwendung und arm an Rechten. Sie sind gekommen in der Hoffnung auf Mitmenschlichkeit und Solidarität.“ Seit jeher begegneten sich in den Vesperkirchen Menschen mit sehr unterschiedlichen Lebenssituationen und Lebensgeschichten. Dort „sind alle willkommen, sitzen gemeinsam an einem Tisch, sind Gebende und Nehmende“.

Vesperkirchen bieten eine warme Mahlzeit, Gelegenheit zum Gespräch und Möglichkeiten zur medizinischen Versorgung in den beheizten Kirchen. Damit sie in den Wintermonaten öffnen können, sind mehrere tausend Ehrenamtliche im Einsatz. Diesen danken Landesbischof July und Oberkirchenrat Kaufmann herzlich für ihre Arbeit. Nur durch das Engagement der Freiwilligen und die Spenden der Sponsoren könnten die Vesperkirchen Gemeinschaft geben und Begegnungen ermöglichen.

Neben den zahlreichen Vesperkirchen in den Wintermonaten bieten während des gesamten Jahres über 100 Mittagstische eine warme Mahlzeit und Anlaufstation für Bedürftige und Einsame. Die Mittagstische laden zum gemeinsamen Essen ein und fördern den Kontakt zwischen allen Gesellschaftsgruppen.

Den offenen Brief von Landesbischof July und Oberkirchenrat Kaufmann sowie eine Liste aller 26 württembergischen Vesperkirchen mit Ansprechpersonen finden Sie unter [www.diakonie-wuerttemberg/vesperkirchen](http://www.diakonie-wuerttemberg/vesperkirchen)

Weitere Informationen: Rainer Scheufele, Referent für Inklusion und diakonische Gemeindeentwicklung, Tel.: 0711/1656-207, E-Mail: [scheufele.r@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:scheufele.r@diakonie-wuerttemberg.de)

---

Keine frohe Botschaft: Mehr Beschäftigte heißt nicht weniger Arbeitslose

**Keine nur frohe Botschaft ist für Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg, die regelmäßige Verkündigung der Agentur für Arbeit der steigenden Beschäftigtenzahlen in Baden-Württemberg. Diese schlagen sich nämlich nicht im Abbau der Arbeitslosigkeit nieder, stellt er fest. „Und mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit werden die Chancen auf Rückkehr in den Arbeitsmarkt immer geringer, werden die Risiken zunehmender Verarmung, gesundheitlicher Folgeschäden und sozialer Ausgrenzung immer größer.“**

**Stuttgart.** Das Statistische Landesamt meldet zwar über 100.000 mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gegenüber dem Vorjahr, jedoch hat sich die Arbeitslosigkeit im selben Zeitraum um weniger als 3.000 Personen reduziert. Zudem geht von den Personen, die ihre Arbeitslosigkeit beenden, nur ein kleiner Teil in eine normale Erwerbstätigkeit über. Bei den Hartz-IV-Empfängern im SGB II sind es nur 20 Prozent.

„Wir dürfen gerade in der Weihnachtszeit die Menschen nicht aus dem Blick verlieren, die über eine lange Zeit keinen Weg aus der Arbeitslosigkeit finden“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann. Viele Familien litten unter fehlender Perspektive und Unterstützung, was die Diakonie nicht hinnehmen will: „Gott kommt draußen, im Stall, außerhalb der Gesellschaft zur Welt. In seinem Namen stehen wir für die ein, denen der Zugang zur Arbeitswelt und damit zu wesentlicher Anerkennung verschlossen ist.“

Es sind fast zwei Drittel der Arbeitslosen, rund 126.000 Personen, die als Hartz-IV-Empfänger im Rechtskreis des SGB II leben. Fast 70.000 Menschen sind langzeitarbeitslos. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit im SGB II hat sich seit 2009 um mehr als 160 Tage auf 583 Tage verlängert. Fast 40 Prozent der SGB-II-Empfänger in Baden-Württemberg sind länger als vier Jahre im Leistungsbezug.

Die Jobcenter bekamen im Jahr 2015 den Auftrag, vor allem die Langzeitarbeitslosigkeit und den Langzeitleistungsbezug zu reduzieren. „Dieses Ziel ist eindeutig nicht erreicht worden“, sagt Kaufmann. Im Jahresverlauf ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen und im Jahresdurchschnitt 2015 auch ihre absolute Zahl gestiegen. Grund: zu geringe Eingliederungsmittel. Laut Planung der Regionaldirektion müssen für das Jahr 2015 ca. 40 Millionen Euro von den Eingliederungs- zu den Verwaltungskosten umgeschichtet werden. Das Verwaltungskostenbudget ist damit mehr als doppelt so hoch wie das Eingliederungsbudget. Einzelne Jobcenter verwenden die Hälfte und mehr der für Eingliederungsmittel vorgesehenen Gelder für ihre Verwaltungskosten. Für den gesetzlichen Auftrag der Jobcenter bleibt immer weniger Geld übrig.

Die Problematik zeigt sich auch an den Zahlen zu den aktiven Eingliederungsmaßnahmen 2014. Während die Teilnehmerzahlen an arbeitsmarkt-

politischen Maßnahmen im SGB III um knapp 3 Prozent gestiegen sind, sind sie im SGB II und damit für die Langzeitarbeitslosen um über 2 Prozent auf jahresdurchschnittlich 25.000 Personen gesunken. Insbesondere die Beschäftigung schaffenden Maßnahmen, die Förderung von Arbeitsgelegenheiten und Arbeitsverhältnissen, sind erneut um 13,6 Prozent reduziert worden. cm

Weitere Informationen: Klaus Kittler, Referat Arbeitslosenhilfe/Armut, Tel.: 0711/1656-233, E-Mail: [kittler.k@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:kittler.k@diakonie-wuerttemberg.de)

---

Erste Bilanz: Modellprojekt zur legalen Arbeitsmigration aus dem Kosovo

**27 junge Kosovaren absolvieren seit Herbst 2015 eine Ausbildung bei diakonischen Trägern der Altenpflege in Württemberg. Alle Beteiligten haben Neuland betreten und bewerten die ersten Monate sehr positiv. Besonders erfreulich: Die jungen Menschen fühlen sich in Deutschland willkommen. Derzeit bereiten sich 54 junge Menschen im Kosovo und 27 diakonische Einrichtungen im Land auf den gemeinsamen Ausbildungsstart im Herbst 2016 vor.**

**Stuttgart.** Die Beteiligten sind sich einig: Die intensive Betreuung und Vorbereitung der jungen Menschen bereits vor Ausbildungsbeginn im Kosovo hat sich in der Praxis bewährt. Zur Vorbereitung gehören etwa ein Sprachkurs, interkulturelle Seminare und Informationen um den Ausbildungsberuf. Das Merkmal des Modellprojektes der Diakonie Württemberg zur legalen Arbeitsmigration aus dem Kosovo ist, dass Fachliches und Menschliches gut verzahnt ineinandergreifen. „Das Projekt kann nur gelingen, wenn die jungen Menschen sich bei uns auch wohlfühlen“, sagte Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. „Es freut mich daher sehr, dass sich die jungen Leute hier willkommen fühlen. Ich danke allen, die dazu beitragen. Die jungen Leute haben in ihrer Heimat keine Perspektive, aber jeder Mensch hat die Chance auf einen guten Start ins Leben verdient. Das Projekt der Diakonie Württemberg unterstützt lern- und arbeitsinteressierte junge Erwachsene darin, ihre Gaben zu nutzen und ihr Leben zu gestalten. Und es hilft uns, den Bedarf an Fachkräften für die Altenpflege zu sichern.“

Das Diakonische Werk Württemberg führt das Ausbildungsprojekt in Kooperation mit der kosovarischen Agentur für Beschäftigungsförderung Kosovo (APPK) durch. Die jungen Menschen absolvieren ihre Ausbildung in diakonischen Einrichtungen in Reutlingen, Buttenhausen, Mariaberg, Tübingen, Stuttgart, Uhingen, Leonberg, Freudenstadt, St.Georgen und Lossburg/Kinzigtal.

Die jungen Menschen haben sich neun Monate lang im Kosovo auf die Ausbildung und das Leben in Deutschland vorbereitet. Alle haben im Deutschen das Sprachniveau B1 erreicht. Einige sprechen die Sprache sehr viel besser, sieben von ihnen sind in Deutschland geboren und aufgewachsen und nach dem Kosovokrieg mit ihren Eltern voller Hoffnung in die Heimat zurückgekehrt. Fast alle der Teilnehmenden sagen, dass sie trotz einer guten schulischen oder sogar universitären Ausbildung fast keine Chance auf einen Arbeitsplatz im Kosovo hatten. 15 Jahre nach dem Krieg gibt es im Kosovo kaum Arbeit. Die Arbeitslosenrate liegt bei jungen Menschen bei über 60 Prozent.

Im Rahmen des langjährigen Beratungsprojekts: „Vorbereitet ankommen in der neuen Heimat“ hatten Mitarbeitende der Diakonie die Ausreisebereitschaft insbesondere der jungen Menschen im Kosovo erlebt. Lange war Heirat und Familienzusammenführung die einzige legale Möglichkeit, das



Land zu verlassen. Nachdem auf Grund des in Deutschland wachsenden Bedarfs an Arbeitskräften neue Möglichkeiten der legalen Einwanderung für Fachkräfte und Auszubildende entstanden sind, hat sich die Diakonie in Württemberg entschlossen, ein Projekt zur Ausbildung von Kosovaren zur Altenpflegefachkräften in Deutschland zu starten.

Im März 2014 bildete sich aus dem Kosovo-Netzwerk Baden-Württemberg eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel, ein Ausbildungsprojekt für kosovarische Schulabsolventen zu Altenpflegefachkräften in Deutschland vorzubereiten und durchzuführen. as

Weitere Informationen: Andrea Schlepper, Pressesprecherin und Leiterin der Abteilung Presse und Kommunikation, Tel.: 0711/1656-118, E-Mail: [schlepper.a@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:schlepper.a@diakonie-wuerttemberg.de)

### Zehn Jahre Mittelstandspreis für soziale Verantwortung

**Das gesellschaftliche Engagement kleiner und mittlerer Unternehmen im Land ist herausragend: Viele Mittelständler setzen sich freiwillig für soziale und gesellschaftliche Belange ein. Vor diesem Hintergrund loben das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft gemeinsam mit Caritas und Diakonie in Baden-Württemberg bereits zum zehnten Mal den Mittelstandspreis für soziale Verantwortung aus.**

**Stuttgart.** Sie würdigen damit auch im Jubiläumsjahr den engagierten Beitrag kleiner und mittlerer Unternehmen im Bereich Corporate Social Responsibility (CSR). Land, Diakonie und Caritas verleihen mit dem Preis als Auszeichnung auch die Lea-Trophäe. Sie steht für Leistung, Engagement und Anerkennung. Alle Unternehmen im Land mit maximal 500 Beschäftigten können sich ab sofort für den Mittelstandspreis für soziale Verantwortung bewerben. Voraussetzung ist, dass sie Wohlfahrtsverbände, soziale Organisationen, Initiativen, Einrichtungen oder (Sport-) Vereine unterstützen und sich mit ihnen in einem gemeinsamen Projekt gesellschaftlich engagieren. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 31. März 2016.

„Das große unternehmerische Engagement der baden-württembergischen Mittelständler im Bereich Corporate Social Responsibility ist ein Ausdruck der sozialen und wirtschaftlichen Stärke unseres Landes. Mit dem diesjährigen Mittelstandspreis können wir bereits zum zehnten Mal innovative CSR-Aktivitäten in Baden-Württemberg auszeichnen. Damit zeigen wir ein weiteres Mal: Die CSR-Landschaft in Baden-Württemberg ist vielfältig und bundesweit einmalig“, sagt Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid.

„In Baden-Württemberg zeigen die Unternehmen, dass es sich lohnt, Verantwortung zu übernehmen: So wird unsere Gesellschaft gerechter, menschlicher und lebenswerter“, so die beiden Caritasdirektoren Pfarrer Oliver Merkelbach (Stuttgart) und Monsignore Bernhard Appel (Freiburg). In diesem Engagement lebten die Unternehmer eine uralte, christliche Vision des sozialen Miteinanders. „Sie verbinden dabei ein kluges unternehmerisches mit einem solidarischen Handeln.“

„Der Mittelstandspreis macht gesellschaftliches Engagement sichtbar“, erklären die beiden Vorstandsvorsitzenden der Diakonischen Werke Oberkirchenrat Dieter Kaufmann (Württemberg) und Oberkirchenrat Urs Keller (Baden). „Er schlägt in besonderer Weise eine Brücke zwischen wirtschaftlichem Handeln und ethischer Verantwortung. Wir sind stolz, über diesen Preis Ansporn für soziales Engagement zu geben und dieses würdigen zu können.“ Diakonie, Caritas und Ministerium wollen mit dem Mittelstandspreis für soziale Verantwortung ihren Dank und ihren Respekt für die Unternehmen im Land ausdrücken. Mit der öffentlichen Anerkennung dieser CSR-Aktivitäten wollen sie zugleich alle Unternehmen im Südwesten motivieren, ihr bisheriges gesellschaftliches Engagement fortzuführen.

Zusammen mit den Landesbischöfen Dr. h. c. Frank Otfried July (Evangelische Landeskirche Württemberg), Prof. Dr. Jochen Cornelius-Bundschuh

(Evangelische Landeskirche Baden) sowie den Bischöfen Dr. Gebhard Fürst (Diözese Rottenburg-Stuttgart) und Erzbischof Stephan Burger (Erzdiözese Freiburg) hat der Finanz- und Wirtschaftsminister die Schirmherrschaft für den bundesweit teilnehmerstärksten Wettbewerb im Bereich Corporate-Social-Responsibility von kleinen und mittleren Unternehmen übernommen. Aus Sicht der Bischöfe macht der Preis Lust, sich aktiv einzubringen. „Alle profitieren vom gesellschaftlichen Engagement: die Unterstützten, die Gesellschaft und nicht zuletzt auch die Unternehmen selbst. Daher ermutigen wir jeden Mittelständler, der sich für die Allgemeinheit einbringt, sich für den Preis zu bewerben.“

Geschäftsstelle Mittelstandspreis  
c/o DiCV Rottenburg- Stuttgart e.V.  
Kim Hartmann  
Strombergstraße 11  
70188 Stuttgart  
Telefon: 0711/2633-1147  
[info@mittelstandspreis-bw.de](mailto:info@mittelstandspreis-bw.de)

Eine Bewerbung ist auch online möglich unter [www.lea-bw.de](http://www.lea-bw.de). Eine unabhängige Jury mit Vertretern aus der Fach-, Wirtschafts- und Medienwelt entscheidet über die Vergabe der Preise, die am 5. Juli 2016 im Rahmen einer feierlichen Festveranstaltung im Neuen Schloss in Stuttgart verliehen werden.

Weitere Informationen: Andrea Schlepper, Pressesprecherin und Leiterin der Abteilung Presse und Kommunikation, Tel.: 0711 1656 118, E-Mail: [schlepper.a@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:schlepper.a@diakonie-wuerttemberg.de)

### Junge Menschen wollen Mitbestimmung

**Mehr als 130 Kinder aus 16 diakonischen Einrichtungen der Erziehungshilfe haben über Möglichkeiten für mehr Beteiligung und Mitbestimmung diskutiert. Beim 2. Kinder- und Jugendforum der Diakonie in Baden-Württemberg in Pforzheim-Hohenwart beschäftigten sich die jungen Menschen mit Themen, die ihr Leben in den Einrichtungen betreffen.**

**Stuttgart, Pforzheim.** Das Forum richtete sich insbesondere an Kinder und Jugendliche, die in ihren Einrichtungen als Gruppensprecher oder Heimrat Verantwortung übernehmen. Dabei ging es um Möglichkeiten der Mitbestimmung bei verschiedensten Entscheidungsprozessen, die im Alltag der Kinder von Bedeutung sind.

Beteiligung ist ein zentraler Erfolgsfaktor diakonischer Jugendhilfe. Beteiligung macht es möglich, Jugendhilfe an Bedürfnisse und Wünsche von Kindern und Jugendlichen anzupassen. Hauptziel des Forums war es deshalb, Handlungsempfehlungen für Einrichtungen zu entwickeln, die in die konkrete Arbeit vor Ort einfließen sollen. Die Veranstaltung ist für die Teilnehmer Gelegenheit, sich über Erfahrungen und unterschiedliche Möglichkeiten der Mitbestimmung in den Einrichtungen auszutauschen.

„Der Mangel an Mitsprache und Gleichberechtigung in der Kinder- und Jugendhilfe der 50er bis 70er Jahre hat zu viel Leid bei den Betroffenen geführt“, sagen die Vorstandsvorsitzenden der Diakonischen Werke Baden und Württemberg, die Oberkirchenräte Urs Keller und Dieter Kaufmann. Die Diakonie sehe sich heute umso mehr dem Kinder- und Jugendschutz verpflichtet. Derzeit sind diese Rechte in der UN-Kinderrechtskonvention und dem Sozialgesetzbuch SGB VIII verankert. Die Diakonie in Baden-Württemberg fordert, dass Kinder- und Jugendrechte darüber hinaus auch in der Landesverfassung festgeschrieben werden.

Das Forum sollte Sozialarbeiter sensibilisieren, Demokratie mit Jugendlichen zu leben. Umgekehrt erleben Jugendliche die Vorteile von Beteiligung und Mitspracherecht. 30 Kinder und Jugendliche haben zusammen mit Mitarbeitenden der Einrichtungen und Verantwortlichen der Diakonie die Veranstaltung inhaltlich organisiert. ck

Weitere Informationen: Katharina Klenk, Referentin für Erziehungshilfe, Tel.: 0711/1656-231, E-Mail: klenk.k@diakonie-wuerttemberg.de

---

Weniger Abzüge bei Darlehen für Empfänger von Hartz IV

**Seit Januar 2016 wird Bedürftigen, die Hartz IV beziehen und vom Jobcenter ein Darlehen erhalten haben, nur noch 10 Prozent des Regelbedarfs abgezogen, um dieses Darlehen zu tilgen. Das hat der AK Armut der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Stuttgart jetzt erfahren. Zuvor wurden vom Jobcenter bis zu 30 Prozent des Regelbedarfs einbehalten.**

**Stuttgart.** Anfang September 2015 war die Liga an die Öffentlichkeit gegangen, um auf die Praxis des Jobcenters aufmerksam zu machen. Diese widersprach dem geltenden Recht – davon waren die Vertreter der Liga überzeugt, in der die fünf großen Wohlfahrtsverbände in Stuttgart sowie die großen kirchlichen Religionsgemeinschaften zusammengeschlossen sind. Jahrelange Versuche sozialer Fachkräfte, beim Jobcenter eine Lösung des Problems zu erreichen, hatten zuvor nicht gefruchtet. Die Berichterstattung hat bundesweit Wellen geschlagen und dazu geführt, dass die Bundesagentur für Arbeit ihre fachlichen Hinweise geändert hat.

Wer Arbeitslosengeld II, das sogenannte Hartz IV, bekommt, erhält als Alleinstehender einen Regelbedarf von 404 Euro pro Monat. Hiervon muss er alles bis auf die Unterkunftskosten bestreiten: Essen, Kleider, Ersatzbeschaffungen, Reparaturen oder Strom. Daneben gibt das Jobcenter unter bestimmten Voraussetzungen Darlehen, beispielsweise für Mietkautionen. Diese Darlehen werden zurückgezahlt, indem monatlich 10 Prozent vom Regelbedarf einbehalten werden. So steht es im Gesetz. Beim Stuttgarter Jobcenter war es allerdings jahrelang üblich, bei mehreren Darlehen insgesamt bis zu 30 Prozent abzuziehen.

Nachdem die Liga im September 2015 an die Medien gegangen war, hatten verschiedene lokale sowie landesweite Medien über den Missstand berichtet. Auch bundesweite Medien hatten das Thema aufgegriffen. Im Wirtschaftsausschuss der Landeshauptstadt wurde die Praxis des Jobcenters gerügt. In einer Besprechung am 19. November 2015 haben sich dann Referenten von Bund und Ländern darauf verständigt, die Fachlichen Weisungen der Bundesagentur für Arbeit zu ändern. Nun gilt bundesweit, dass die Gesamtsumme der Tilgungsraten 10 Prozent des jeweiligen Regelbedarfs nicht übersteigen darf. Nach Informationen der Liga wird das allerdings noch nicht von allen Jobcentern in der Region Stuttgart umgesetzt. „Hätten sich die Jobcenter als Exekutive an die gesetzlichen Vorgaben der Legislative gehalten, wäre eine unnötige Verschärfung der Lage vieler Leistungsempfänger vermieden worden, die ohnehin prekär ist“, erklärt Martin Steinbrenner, der bei der Evangelischen Gesellschaft (eva) Kollegen in Rechtsfragen berät und zwischen Behörden und Leistungsberechtigten vermittelt. Er hatte in den vergangenen Jahren immer wieder erfolgreich für Betroffene der Aufrechnungspraxis widersprochen. „Die Liga ist froh, dass das Jobcenter rechtzeitig eingelenkt hat. Damit hat es den Betroffenen aufwändige rechtliche Auseinandersetzungen erspart. Wunsch der Liga wäre, dass das Jobcenter sein Verwaltungshandeln künftig schnell-

ler an die Rechtsprechung anpasst. Gut wäre, wenn es sich dafür auch gegenüber weisungsgebenden Stellen stark macht, zum Beispiel bei der Bundesagentur für Arbeit. Denn Arbeitslosengeld-Bezieher sind auf jeden Euro angewiesen. Umso schlimmer, wenn er ihnen unrechtmäßig abgezogen wird“, sagt Angela Riße, Geschäftsführerin des Sozialdienstes katholischer Frauen und Sprecherin des AK Armut der Liga. „Wir hoffen sehr, dass die Praxis, Mehrfach-Darlehen zurückzuzahlen, auch in den Kommunen um Stuttgart herum sehr bald auf zehn Prozent begrenzt wird.“ pm

Weitere Informationen: Evangelische Gesellschaft, Ulrike Herbold, Pressesprecherin, Büchsenstr. 34/36, 70174 Stuttgart, Tel.: 0711/2054-321.

Ministerin Katrin Altpeter besuchte die Zieglerschen**Auf Einladung des Landesverbandes der Musikschulen Baden-Württemberg besuchte die baden-württembergische Sozialministerin Katrin Altpeter das Marienstift in Schorndorf.**

**Schorndorf.** Die baden-württembergische Sozialministerin und Landtagsabgeordnete Katrin Altpeter besuchte das Seniorenzentrum der Zieglerschen in Schorndorf. Dabei informierte sie sich über das dortige Musikgeragogik-Angebot und hospitierte im Unterricht. Die Musikgeragogik ist eine Fachrichtung, die sich mit der ganzheitlichen musikalischen Bildung im Alter beschäftigt. Musikbezogene Vermittlungs- und Aneignungsprozesse sind bei dieser mit integriert. Sie bildet eine Schnittstelle im Feld der Musik- und Alterspädagogik.

Das Seniorenzentrum „Evangelisches Marienstift“ in Schorndorf freut sich über das neue musikalische Angebot für seine Senioren. In Kooperation mit der Jugendmusikschule kommt einmal in der Woche eine ausgebildete Musikpädagogin ins Marienstift. In Begleitung der Betreuungsmitarbeiterin der Zieglerschen führt sie den 45-minütigen Unterricht durch. Die Stunden sind immer in einem Thema verankert und beginnen damit, dass die Mitarbeiterin mit ihrer Klarinette jeden Teilnehmer persönlich begrüßt. Bei dem Unterricht handelt es sich jedoch um kein „Vorspielkonzert“ für die Bewohner. Die Seniorinnen und Senioren nehmen aktiv an der Unterrichtsstunde teil und erarbeiten das jeweilige Thema gemeinsam mit Texten und Musik. „Es ist wunderbar zu beobachten, wie sich die Teilnehmergruppe gefunden hat und mit welcher Freude sie dem Unterricht folgen“, sagt Kristina Bachofer-Zeiser, stellvertretende Hausleiterin im Marienstift.

Finanziert wird dieser Unterricht durch den Förderverein des „Evangelisches Marienstift“. „Wir sind unserem engagierten Förderverein sehr dankbar, dass er dieses besondere Angebot unseren Bewohnern ermöglicht.“ so Bachofer-Zeiser.

Das Seniorenzentrum „Evangelisches Marienstift“ in Schorndorf gehört zum traditionsreichen Sozialunternehmen „Die Zieglerschen“ mit Sitz im ober-schwäbischen Wilhelmsdorf und Kirchheim unter Teck. Mehr als 5.000 Menschen werden von rund 3.000 Mitarbeitern in den Feldern Altenhilfe, Behindertenhilfe, Hör-Sprachzentrum, Suchthilfe und Jugendhilfe betreut. Allein in der Altenhilfe sind die Zieglerschen an über 20 Standorten präsent. Das Unternehmen ist dem Geist der Diakonie verpflichtet. pm

Weitere Informationen: Die Zieglerschen, Jacqueline de Riese, Kommunikationsmanagerin, Tannenbergrstr. 44, 73230 Kirchheim unter Teck, Tel.: 07021.7270-11, E-Mail: [deRiese.Jacqueline@zieglersche.de](mailto:deRiese.Jacqueline@zieglersche.de)

### Kurznachrichten

**Stuttgart.** Mit der **Betriebsübernahme des Hauses Rheinblick in Nußloch** zum 1. Januar 2016 begrüßt die **Evangelische Heimstiftung** ihre 84. Einrichtung im Land. „Wir freuen uns sehr über die gelungene Übernahme des Hauses Rheinblick aus der kommunalen Trägerschaft des Rhein-Neckar Kreises zu Beginn dieses Jahres“, sagt Bernhard Schneider, Hauptgeschäftsführer der Evangelischen Heimstiftung (EHS). Unter der Leitung von Andreas von Weber wird das Haus zwar bereits seit Mitte 2015 auf der Basis eines Managementvertrages geführt, die volle Integration zur EHS wurde jedoch erst zum Jahreswechsel vollzogen. Richtfest feierte die Heimstiftung am **Neubau des Dr. Carl-Möricke-Stifts in Neuenstadt**. Ein Traditionsstandort in neuem Gewand. Aus dem ehemaligen Landhaus wurde nach dem Tod des Eigentümers, Dr. Carl Möricke, 1875 zunächst ein Frauenstift. 1956 wurde das Krankenhaus im Stiftsgarten fertiggestellt und 1963 erweitert. Es folgte die Fertigstellung eines Schwesternwohnheimes und schließlich wurde aus dem Krankenhaus ein Pflegeheim. Das Dr. Carl-Möricke-Stift wird 60 moderne und großzügige Einzelzimmer mit eigenem Bewohnerbad und integrierten Tagespflegeplätzen bieten. Zudem wird es 17 weitere Betreute Wohnungen, zwei Arztpraxen und 21 Hausgaragenstellplätzen geben. Zusammen mit dem Erwerb des Demenzzentrums mit 25 Plätzen investiert die Evangelische Heimstiftung über 13 Millionen Euro in das Projekt. pm

**Stuttgart.** Unter dem Titel „Ein- und Ausblicke“ zeigt das **Agaplesion Bethesda Krankenhaus** Stuttgart, Hohenheimer Straße 21, **vom 1. Februar bis 30. April eine Ausstellung**, die dem Besucher auf drei Ebenen des Hauses ganz unterschiedliche Blickrichtungen und Perspektiven dreier Personen präsentiert. Die Gemeinschaftsausstellung bietet genügend Raum, die Werke von Birgit, Ulrich und Günther Kälberer, die seit Jahren im Stuttgarter Künstlerbund aktiv sind, zu betrachten. Zunächst sind farbige Collagen zu sehen, die sich mit dem menschlichen Innenleben auseinandersetzen und das Thema des eigenen Weges repräsentieren. Ausgangspunkt für Birgit Kälberers Werke sind Fotos, die sie inspirieren und Assoziationen hervorrufen. So entstehen per Zufallsprinzip im kontinuierlichen Werkprozess beeindruckende Bilder, die auch ganz ohne Werktitel auskommen. Auf der zweiten Ebene präsentiert sich Ulrich Kälberer, der Einblicke in technische Innenräume sowie urbane Ausblicke auf Osteuropa und Nordamerika bietet, die während seiner Reisen dorthin entstanden. Im Gegensatz zu den farbigen Collagen dominieren hier starke Hell-Dunkel-Kontraste. Zuletzt vermittelt Günther Kälberer dem Besucher mehrere Ausblicke auf die heimatische Landschaft und deren Wandel. pm

**Stuttgart.** In der **Psychiatrischen Institutsambulanz (PIA) des Rudolf-Sophien-Stifts** werden seit 2006 Menschen mit psychischer Erkrankung ambulant versorgt. Ab sofort steht das Angebot nicht nur am Stammsitz in der Leonberger Straße 220 im Stuttgarter Süden, sondern **auch ganz zentral in Stuttgart-Mitte** zur Verfügung: Ein Teil der PIA ist ins Haus der Diakonie der Evangelischen Gesellschaft (eva) umgezogen. Der zusätzliche



Standort ist durch die gute Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel leichter erreichbar. Der PIA-Betrieb in der Leonberger Straße läuft indes wie gewohnt weiter. pm

**Stuttgart.** Die FamilienForschung Baden-Württemberg hat im Auftrag des Sozialministeriums eine neue **Online-Ausgabe des Reports Familien in Baden-Württemberg** zum Thema „**Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern in den ersten Lebensjahren**“ herausgegeben. Der Report gibt einen Überblick über die Betreuungssituation der Kinder im Alter von unter sechs Jahren und stellt verschiedene Dimensionen der Qualität sowie deren Entwicklung in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege dar. Zudem beleuchtet er Determinanten der Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen bzw. Kindertagespflege. Ein weiterer Fokus liegt auf dem europäischen Vergleich der Betreuungssituation. Der Report Familien in Baden-Württemberg wird im Rahmen der Familienberichterstattung des Landes von der FamilienForschung Baden-Württemberg erstellt und enthält themenbezogene wissenschaftliche Analysen zur Lage von Familien in Baden-Württemberg, Deutschland und Europa. Er erscheint halbjährlich und wird ausschließlich in elektronischer Form veröffentlicht. Der Report kann auf der Homepage der FamilienForschung Baden-Württemberg kostenlos abonniert werden ([www.fafo-bw.de/Familien\\_in\\_BW](http://www.fafo-bw.de/Familien_in_BW)). Hier und auf der Homepage des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren ([www.sozialministerium-bw.de](http://www.sozialministerium-bw.de)) steht er auch zum Download bereit. Die nächste Ausgabe befasst sich mit dem Thema „Familie und Zeit“. pm

### Personalnachrichten

**Oberkirchenrat i. R. Helmut Beck**, ehemaliger Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg, feierte seinen **70. Geburtstag**. Fünf Jahre, von 2004 bis 2009, hat er den größten Wohlfahrtsverband in Baden-Württemberg geleitet. Ein großes Anliegen Helmut Becks war es, armen Menschen Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. So hat er anlässlich seiner Feier zum 60. Geburtstag vor zehn Jahren den Fonds „Diakonie gegen Armut – Hilfe für Menschen in Not“ gestartet. Seitdem haben viele Familien und Einzelpersonen aus dem Fonds Unterstützung bekommen. Diakonisches Profil und Wirtschaftlichkeit gleichermaßen zu wahren, hat Beck als eine große Herausforderung gesehen. Er hat die Zusammenarbeit zwischen dem Diakonischen Werk Württemberg und dem Diakonischen Werk Baden gestärkt.

25 Jahre Arbeit als Gemeindepfarrer und insgesamt 13 Jahre Tätigkeit in der Diakonie, davon acht Jahre als Vorstandsvorsitzender der Samariterstiftung mit Sitz in Nürtingen, haben Beck geprägt. Wichtig war ihm die enge Verbindung von Diakonie und Kirche vor Ort sowie die gemeindenahere Betreuung pflegebedürftiger und behinderter Menschen. „In profilierter diakonischer Arbeit steckt großes missionarisches Potenzial für die Kirche“, so sein Überzeugung. Diakonisches Handeln erreiche alle gesellschaftlichen Milieus, während die Kirche am ehesten die bürgerliche Mitte anspreche.

Helmut Beck wurde 1946 in Creglingen geboren und ist in Stuttgart aufgewachsen. In Tübingen und Basel studierte er Theologie sowie Sozial- und Verhaltenswissenschaften. Beck war Pfarrer in Pfullingen und von 1981 bis 1996 in Stuttgart-Sillenbuch, danach Hauptgeschäftsführer der Samariterstiftung, einem diakonischen Träger der Alten- und Behindertenhilfe und der Sozialpsychiatrie mit Sitz in Nürtingen. Im hauptamtlichen Leitungsgremium des Diakonischen Werks Württemberg arbeitete Beck mit drei weiteren Vorständen zusammen. In seinem Ruhestand ist Oberkirchenrat i. R. Helmut Beck nach wie vor für die Diakonie ehrenamtlich engagiert: Er ist Vorsitzender des Aufsichtsrats des bhz Stuttgart e. V. und Mitglied des Stiftungsrates der Werner Weinmann Stiftung. as